No. 238. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16 seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16 seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 21. Mai 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Ryke-straße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die englisch-französisch-russische Verständigung.

Die Isolierung Deutschlands.

Der auf acht Tage berechnete Besuch, den König Eduard von England im nächsten Monat dem russischen Zaren abstatten wird, hat eine große politische Bedeutung. Er bringt äußerlich das Zustandekommen der Verständigung zwischen England, Frankreich und Rußland zum Ausdruck.

Welche Genugtuung man in England über den Abschluß dieser Entente empfindet, geht aus einer Rede hervor, die der gegenwärtige Leiter der englischen Politik, der Premierminister Asquith gestern in London bei einem Bankett gehalten hat, das aus Anlaß seiner Ernennung zum Premierminister vom Londoner Reformklub veranstaltet wurde. Herr Asquith führte in seiner Rede in bezug auf die auswärtigen Angelgenheiten aus:

Die Regierung habe unter der weisen und staatsmännischen Leitung Sir Edward Greys alles irgend Mögliche getan, um nicht nur die Oberfläche des internationalen Ozeans vor plötzlichen Stürmen zu bewahren, sondern auch die

tiefen Fundamente dauernder Freundschaft

und guten Willens zu legen. Nachdem der Premierminister noch der weisen und sympathischen Tätigkeit Sir Edward Greys in Sachen der Entente mit Frankreich und der Beziehungen zu Rußland gedacht hatte, erklärte er schließlich, er hoffe, daß die Vereinbarung mit Rußland auf gesunder Grundlage aufgebaut und weder die Interessen noch die Ehre der beiden großen Länder beeinträchtigen werde. Das englisch-russische Uebereinkommen wegen des Ostens und die Entente mit Frankreich seien dauernde Friedenselemente, auf die England stolz sein könne.

Die englische Regierung und das engliche Volk können in der Tat auf das Zustandekommen der Entente zwischen den drei bedeutenden Mächten stolz sein. Das feste Zusammenhalten Englands, Frankreichs und Rußlands in allen Fragen der europäischen Politik erhält eine Bedeutung, gegen die irgendeine andere politische Konstellation oder Kombination nicht aufkommen kann.

In Deutschland hat man leider, wie heute die Dinge liegen, keinen Grund, über das Zustandekommen dieser Entente erfreut zu sein. Man wird es vielmehr hier in allen Kreisen, die an der Förderung der Weltkultur und an dem allgemeinen Fortschritt Europas ein Interesse haben, auf das lebhafteste bedauern, daß dabei

Deutschland vollkommen übergangen

worden ist. Jeder, dem nicht nationalistischer Dünkel oder alldeutsche Ueberhebung den Blick getrübt haben, wird sich sagen müssen, daß es für die Interessen Deutschlands von größter Wichtigkeit und Bedeutung gewesen wäre, wenn die deutsche Politik den Anschluß an diese Entente gesucht und gefunden hätte.

Man hat es auf deutscher Seite sicherlich nicht an Höflichkeit und an Entgegenkommen gegenüber allen drei an der Entente beteiligten Mächten fehlen lassen. Vor allen Dingen hat man unseren östlichen „Erbfreund“ geradezu mit Liebenswürdigkeiten überschüttet. Wir erinnern nur daran, daß noch vor einigen Tagen der Deutsche Kaiser in Wiesbaden zu Ehren des Geburtstages des Zaren eine Parade über die dortige Garnison mit einem sich daran anschließenden Festmahl veranstaltet hat. Der Zar quittierte diese Liebenswürdigkeit damit, daß er dem preußischen Generalleutnant v. Jacobi, der nach altem, vom Zaren Nikolaus I. herrührenden Brauch ihm persönlich attachiert ist, die erste Klasse des russischen Annenordens verlieh. In militärischen Kreisen mag man dieser Ordensverleihung einen gewissen Wert beilegen; die übrigen Kreise des deutschen Volkes werden dieser Erwiderung des Zaren auf die ihm von deutscher Seite erwiesene Liebenswürdigkeit nur wenig Verständnis entgegenbringen.

Die deutsche, von Bülow geführte Diplomatie hat sich jedenfalls bei der ganzen Affäre kein erhebendes Zeugnis ausgestellt. Was kann Deutschland dieser neuen politischen Kombination gegenüberstellen?

Den Dreibund? Barmherziger Himmel! Italien hält es gegenwärtig noch für angebracht, formell an dem Dreibundvertrage festzuhalten; in Wirklichkeit aber hat es gerade in der letzten Zeit mehr als einmal mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß seine Sympathien viel mehr auf seiten der drei Ententemächte sind als auf seiten eines seiner beiden Verbündeten! Was Oesterreich-Ungarn betrifft, so mag dessen Vorgehen in der Eisenbahnfrage auf dem Balkan eine Zeitlang eine gewisse Verstimmung zwischen Rußland und ihm herbeigeführt haben; diese Verstimmung ist aber schon beseitigt, und nichts steht einer Annäherung zwischen beiden Mächten im Wege. So geht Deutschland der „glänzenden Isolierung“ entgegen, die ihm längst vorausgesagt worden ist. Selbst wenn der Dreibund das wäre, was man bei seiner Begründung von ihm erwartet hat, selbst dann würde Deutschlands Einfluß auf die europäische Politik gegenüber einer festen und zielbewußten englisch-französisch-russischen Entente vollständig in den Hintergrund gedrängt werden. Das muß natürlich noch in weit höherem Maße der Fall sein, wenn Deutschland auf irgendeine praktische Unterstützung seitens seiner sogenannten Dreibundverbündeten nicht zu rechnen hat.

König Eduard redet nicht viel, aber er handelt klug und bedächtig, unterstützt von Beratern und Staatsmännern, die eine große politische Tradition mit Geschick und Zähigkeit vertreten.

Asquiths Programm.

Oberhaus und Frauenstimmrecht.

Der englische Premierminister Asquith beschäftigte sich in seiner gestrigen Rede im Londoner Reformklub, in der er die beachtenswerten, von uns im Leitartikel der vorliegenden Nummer behandelten Mitteilungen über die auswärtige Politik Englands machte, auch mit dem Programm seiner Politik im Inneren. Er führte aus, daß die Bemühungen der Regierung auf dem Gebiete der sozialen Reform nicht eher vollständig sein würden, bis aus dem Wahlsystem die schweren Mißbräuche beseitigt seien, die es zu einem wenig angemessenen und vertrauenswürdigen Dolmetscher der öffentlichen Meinung machten.

Aus diesen Ausführungen Asquiths ist zu entnehmen, daß er den von seinem Vorgänger Campbell-Bannerman aufgenommenen Kampf gegen das Oberhaus mit aller Entschiedenheit weiterführen will.

Nach einem weiteren Telegramm aus London empfing der Premierminister Asquith gestern eine Abordnung von Mitgliedern des Hauses, die die Regierung aufforderte, die Durchbringung des Gesetzentwurfes über das Frauenstimmrecht, der in zweiter Lesung bereits angenommen ist, zu fördern. Asquith erwiderte, er erkenne das Anwachsen der Bewegung für das Frauenstimmrecht an, könne aber die gewünschte Förderung des Gesetzes in Rücksicht auf die Geschäftslage der Regierung nicht zusagen. Die Regierung beabsichtige, noch vor Schluß der Session ein Gesetz einzubringen, das die Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen Wahlrecht beseitigen solle; wenn dann ein Antrag gestellt werden sollte, den Frauen die politische Freiheit zu geben, so würde die Regierung sich einem solchen Antrage nicht ablehnend gegenüberstellen. Aehnliche Erklärungen gab der Premierminister auch einer Abordnung von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die von ihm empfangen wurde.

Herr Asquith hat sich sehr diplomatisch ausgedrückt. Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes wissen nun, daß er der Förderung ihrer Bestrebungen keinen besonderen Eifer widmen will.

England und Japan.

Nach einem Telegramm aus London hielt der englische Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey gestern abend bei einem Festessen der Japanischen Gesellschaft eine Rede, in der er sagte, es seien jetzt drei Jahre her, daß die britische Regierung das Bündnis mit Japan erneuert habe. Er zögere nicht, zu erklären, daß das Bündnis der Förderung des Friedens diene und seine Ziele sichere. Das Bündnis sei fester und demgemäß die Friedensaussichten besser als je. Der Redner schloß: „Mögen die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern lange fortdauern und die Ziele des Bündnisses lange Zeit dieselbe Billigung der ganzen Welt finden wie heute.“

Teures Gemüse.

Als bekannte Tatsache darf vorausgesetzt werden, daß in den letzten Jahren selbst in der eigentlichen Gemüsezeit die Preise für frisches Gemüse stark gestiegen sind. Mancherlei Gründe erklären eine gewisse Steigerung der Gemüsepreise hinlänglich: die Bodenpreise in den eigentlichen Gemüsegegenden sind teurer geworden, die Arbeitslöhne sind gestiegen, die Erträge waren infolge der Witterungsverhältnisse nicht immer so befriedigend ausgefallen, um dem Markte ein reichliches Angebot zuzuführen.

So trefflich der Transport von frischem Gemüse organisiert ist, ein gewisser Prozentsatz ist doch dem Verderben ausgesetzt, und infolge von Schwankungen des Konsums geht ein Teil noch in den großen Orten verloren.

Ein Lied davon wissen namentlich auch die keinen Gemüsehändler von diesen oft ganz unerklärlichen Schwankungen des Konsums zu singen. Also man braucht sich nicht zu wundern, wenn der Großstädter sein Gemüse teurer bezahlen muß als der Bewohner kleinerer Orte. Aber damit ist der Grad der Verteuerung des Gemüses nicht ausreichend erklärt. Namentlich ist damit die Erscheinung nicht erklärt, daß gerade in der Hauptgemüsezeit die Preise in den Großstädten ziemlich hoch gehalten werden.

Von den Ursachen, die auf diese Preisbewegung Einfluß haben, ist in erster Linie die starke Nachfrage der Konservenindustrie gerade in den Monaten zu nennen, in denen Gemüse besonders billig sein sollte. Die Konservenindustrie hat sich in den letzten Jahren so sehr ausgebreitet, daß der Aufkauf von frischen Gemüsen für dieses Gewerbe notwendigerweise auf die Preise einen bestimmenden Einfluß ausüben muß. Und wenn die Gemüseernte nicht besonders reichlich ausgefallen ist, so ist dieser Einfluß sogar recht weitgehend. Die Konservenindustrie nimmt dem Markte nicht nur sehr große Quantitäten frisches Gemüse, sondern auch die besseren Qualitäten weg und trägt dadurch unwillkürlich zu einer Preissteigerung auch der weniger guten Qualitäten bei.

Die Ausdehnung der Konservenindustrie hat zu einer eigenartigen Versorgung des Marktes mit Büchsengemüsen geführt. Die Vorräte sind vielfach viel stärker, als daß sie der Konsum in den Wintermonaten aufnehmen könnte. Sobald die alte Saison zu Ende ist, und kurz bevor das Büchsengemüse aus der neuen Ernte erscheint, werden Ausverkäufe der alten Vorräte veranstaltet, die nicht nur für die Konservenindustrie selbst überaus nachteilig sein müssen, sondern auch für die Konsumenten lange nicht einen Ersatz für frisches Gemüse gewähren können.

In den Sommermonaten sollte der Konsum mit frischem Gemüse die Regel bleiben, und es sollte nicht möglich sein, daß das alte Konservengemüse durch seinen billigen Preis das frische Gemüse, das sich teurer stellt, aus dem Konsum zahlreicher Schichten der Bevölkerung verdrängt. Es läge im eigenen Interesse der Konservenindustrie, wenn sie durch eine straffere Verbandsbildung auf eine Kontingentierung der Herstellung von Büchsengemüsen hinwirken würde. Denn erstens würde sie dadurch selbst eine größere Stabilität ihrer Preise erreichen, sodann aber würde indirekt auch die Preisbewegung des frischen Gemüses beeinflußt, so daß in der Hauptgemüsezeit wenigstens die Preise einigermaßen billiger werden könnten, was für die Volksernährung und Volksgesundheit von vorteilhaftestem Einfluß wäre.

Wien, 20. Mai. Im **Abgeordnetenhause** wies in der fortgesetzten Beratung des ruthenischen Dringlichkeitsantrages über das Verwaltungssystem in Galizien der Minister des Inneren Dr. v. Bienerth die gegen das galizische Verwaltungssystem erhobenen Vorwürfe einer feindlichen Tendenz gegenüber dem Ruthenenvolk zurück und betonte die Notwendigkeit einer Vermehrung der politischen Behörden sowie einer zeitgemäßen Ausgestaltung der staatlichen Verwaltung, die vom Statthalter Grafen Potocki angebahnt worden sei. Die treue, hingebungsvolle, den beiden Nationalitäten wohlwollende, von den edelsten Motiven getragene Tätigkeit des Statthalters hätte auch die Anerkennung der Gegner finden sollen. Der Minister bedauerte, daß statt dessen von mancher Seite der Mord an dem Statthalter geradezu als elementarer Ausbruch jener Gärung bezeichnet wurde, für die der Statthalter direkt verantwortlich gemacht wurde, sowie daß der Meuchelmord als patriotische Tat hingestellt werde. Die Regierung werde den neuen Statthalter unterstützen in seinem Bestreben, auf gleichmäßige Anwendung der Gesetze ohne Unterschied der Konfession und Nationalität sowie auf zeitgemäße Ausgestaltung des Verwaltungsapparates hinzuwirken.

London, 20. Mai. Die **süddeutschen Bürgermeister** nahmen heute abend an einem Bankett in Keysers Hotel teil. Der Vorsitzende Polydore de Keyser betonte in seiner Rede, daß die Deutschen und Engländer Brüder seien und Seite an Seite ständen nicht nur im Interesse des Handels, sondern auch im Interesse des Weltfriedens. Die Oberbürgermeister von München, Mannheim und Heidelberg dankten für den herzlichen Empfang. Zur Verlesung gelangte ein Telegramm des Königs, der seine Freude darüber ausdrückte, daß die deutschen Gäste sich über ihren Besuch in Windsor sehr anerkennend ausgesprochen hätten.

Petersburg, 20. Mai. Die **Duma** verhandelte heute über den Etat des Handelsministeriums. Die meisten Redner hielten unter Hinweis auf die im Ministerium bestehenden Mängel dessen vollkommene Umgestaltung für unumgänglich notwendig. Zum Zweck näheren Studiums der Handelsbeziehungen zum Ausland wurde die Errichtung von Spezialagenturen in den Handelsstädten des Auslandes für wünschenswert erachtet. Die Duma nahm den Etat ohne wesentliche Veränderungen mit einer Uebergangsformel an, die die erwähnten Mängel in der Tätigkeit des Ministeriums hervorhebt.

Sozialliberale Wählerversammlung.

Die zum gestrigen Abend vom Sozialliberalen Wahlausschuß nach Wilmersdorf in die „Prachtsäle des Westens“ einberufene Wählerversammlung nahm einen sehr bewegten, für die demokratische Bewegung aber sehr günstigen Verlauf. Der neue Erfolg der „Demokratischen Vereinigung“ kennzeichnete sich äußerlich schon dadurch, daß an diesem Abend die Zahl ihrer Mitglieder

das 1000 überschritten

hat.

Dr. Theodor Barth wies nach, wie stark noch im ganzen Staatswesen die Rechtsungleichheit und die Ungerechtigkeit der herrschenden Verwaltungsmethode gegen die Angehörigkeit der „mißliebigen“ Parteien sei. Er bedauerte, daß die Selbstverwaltung der Kommunen noch nicht mehr Rückgrat habe. Indem er das vorgeschrittene Regierungssystem Englands und Frankreichs zum Vergleiche heranzog, das sogar sozialistische Minister habe, betonte Barth, daß unser Staatswesen noch in den Anfängen einer wirklichen Kultur stecke. Bülow habe zu viel zu tun und zu sorgen, daß er nicht auf dem Hofparkett ausgleite. (Zwischenruf von Volksparteilern.) Sich den Rufern zuwendend betonte Barth, daß Fischbeck dabei gewesen, als die Barnimer Verhandlungen zum Abschlusse gekommen seien. Die Zentralleitung der Volkspartei habe Verrat geübt an den Prinzipien des Freisinns. (Stürmischer Beifall.) Eine unerhörte Heuchelei sei es, daß sie in ihrem Wahlaufruf die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordere und dabei solche Geschäfte mache mit den schlimmsten Feinden der Wahlreform. Eine Partei, die sich solche Felonie der Leitung ruhig gefallen lasse, die tauge nichts, die könne nicht mehr als freisinnig bezeichnet werden. Die Demokratie sei nötig, um gegen die Blockpolitik vorzugehen und die Ehre des freisinnigen Bürgertums zu retten, und weil in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie die demokratischen Forderungen allein nicht erkämpfen könnte. Der alte Ideenbesitz der bürgerlichen Demokratie lebe wieder auf, und dessen Ideale hätten gezeigt, daß man für sie Arbeit und Opfer in höchstem Grade leisten müsse. Mit einem Appell an alle demokratisch Gesinnten zum Kampfe schloß Dr. Barth.

Als zweiter Redner des Abends kennzeichnete Dr. Breitscheid die Gesinnung der Reaktionäre, die ihm gegenüber in der vorgestrigen Versammlung in Teltow erklärt hätten, die demokratischen Bewegung werde eine „Pöbelherrschaftt“ bringen, schon der Name Demokratie flöße „dem Bürger“ ein Schaudern ein. Das System der Volksverdummung werde aufrecht erhalten unter dem Schlagwort: die Untertanen (!) seien noch nicht reif zur Selbstbestimmung. Das Wahlsystem sei ein Ausnahmegesetz, das beibehalten werde aus Furcht vor der politischen und wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung der arbeitenden Klasse.

In der angeregten Diskussion begrüßte namens der entschieden liberalen Frauen, die eine demokratische Bewegung lange ersehnt hätten, Frau Amtsrichter Deutsch die neue bürgerliche Demokratie. In seinem Schlußworte (um 12½ Uhr) forderte Dr. Barth auf, mit der Enerale der Junker die Fahne der Demokratie hochzuhalten.